

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zeitung monatlich 14.— M., vierteljährig 42.— M., durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 12,50 M., vierteljährig 37,50 M.
Anzeigen-Preise. Die einpallige 37 mm breite Zeile 4.— M. Auf Familienanzeigen, Einzeln unter 200.— M. u. Wohnungsmarkt, 15pallige 10.— M. u. Verträge 25.— M. Vorzugspätze laut Tarif. Auswärts. Auslieferung gegen Vorzahlung. Einzelpreis 6.— M. Vorabendblattes 7.— M.

Eigentümer: Carl Schönbach
Verleger: Carl Schönbach
Druck u. Verlag von Olegisch & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Annahme verzinslicher Bareinlagen.
An- und Verkauf von Wertpapieren.
Hinterlegungsstelle von Wertpapieren zwecks Einlösung von Zins- und Gewinnanteilscheinen.
An- und Verkauf fremder Geldsorten.

Dresdner Handelsbank

Aktiengesellschaft

Gostra-Allee 9, im „Haus der Kaufmannschaft“, Schlachthofring 7, Wettinerstraße 56, Großmarkthalle, Eliasplatz 3, Kaiserstraße 11.

Scheckverkehr.
Einziehung und Ankauf von Wechseln.
Kreditverkehr gegen Wertpapiere und Waren.
Vermietung von feuer- und einbruchsicheren Stahlwänden unter Verschluss des Mieters und Mitverschluss der Bank.

Das Programm für Cannes.

Eine Verständigung zwischen Briand und Lloyd George.

Verhandlung nur über wirtschaftliche und finanzielle Fragen.

Cannes, 6. Jan. Briand und Lloyd George verständigten sich über die Bedingungen, unter welchen sich der Ländliche Staat teils mit der Einberufung der Wirtschaftskonferenz beschließen wird. Sie haben ein Programm entworfen, welches Fragen politischer Natur ausschließt. Die Arbeiten der Konferenz sollen ausschließlich wirtschaftlicher und finanzieller Art sein. Sie wird besonders über Mittel und Wege suchen müssen, die Wirtschaft zu verbessern und die Wiederaufnahme des Warenverkehrs in die Wege zu leiten, also mit einem Wort, dem Weltmarkt größere Tätigkeit und Kapazität zu sichern. Es ist wahrscheinlich, daß Deutschland und Rußland zu dieser Konferenz geladen werden.

Der Grund für die geknüpften unerbittlichen Vorbedingungen zwischen den Delegierten war der Vorschlag Lloyd Georges. Da Deutschland nach britischer Ansicht nicht in der Lage ist, die Beträge am 15. Januar und 15. Februar voll zu begleichen, so wurde von ihm im Laufe des Jahres 1922 nur eine Gesamtsumme von 500 Millionen zahlbar in monatlichen Raten von 25 Millionen von jetzt ab bis 15. April verlangt werden. Die Hälfte dieses Betrages würde an Belgien fallen. England würde nur 60 bis 80 Millionen erhalten. Italien würde 180 Millionen erhalten und ebenfalls bedeutende Opfer bringen müssen. Das Abkommen von London hätte nun würde von England auch angenommen und sofort für die erste Periode von 3 Jahren in Kraft treten, während Frankreich von Deutschland Zahlleistungen im Werte von mehr als 150 Millionen Goldmark für 1922 und 1500 Millionen Goldmark für 1923/24 erlangen könnte. Das Finanzabkommen vom 20. August würde an Frankreich Gunsten abgeändert, besonders in der Abzahlung der Saargruben, deren Wert sich früher durch die Reparationskommission in Rechnung gestellt wurde.

Das britische Projekt würde sich besonders auf die Zahlungen im Jahre 1922 beziehen. Es umfaßt gleichzeitig ein System von Garantien zur Ordnung der deutschen Finanzen. Das Garantiesystem schließt eine Kontrolle der Reichsbank, die Erhöhung der Post-, Telegraf- und Eisenbahntarife, die Besteuerung der deutschen Kohlen, damit sie zum Weltmarktpreis verkauft werden, die Einschränkung des Papiergeldumsatzes und die Verwendung aller Devisen, die sich Deutschland durch die Ausfuhr verschafft, für die Reparationen ein. (22. T. B.)

Genf, 6. Jan. Die Tages-Nachrichten gibt einen kurzen Bericht über die erste Anwesenheit Lloyd Georges mit Briand aus. Darin wird gesagt, daß die Verhandlungen auf der Frage der Auslieferung eines deutschen Vertreters abgebrochen haben. Die Notwendigkeit, einen deutschen Repräsentanten in Cannes zu haben, liegt nicht vor. Laut Dumas wird die Dauer der Konferenz voraussichtlich sehr kurz sein.

Paris, 6. Jan. Dr. Rathenau erklärt, daß er Freitagabend nach Berlin abreist. „Echo de Paris“ hält es für sehr sicher, daß Lloyd George mit seinen Plänen erst auf der großen internationalen Konferenz hervortreten werde.

Italien in Cannes an der Seite Englands.

Genf, 6. Jan. Die „Times“ erinnert Frankreich an die Erwartung Amerikas, daß die Fragen der Reparationen und der Abrüstung vernunftgemäß erledigt werden. Das Blatt sieht Schwierigkeiten voraus, betont jedoch, daß Italien sich völlig dem englischen Plane nähert. Andererseits liegen keine Nachrichten über den Stand der entscheidenden französisch-belgischen Verhandlungen vor. Der Pariser Korrespondent der „Welt“ glaubt, daß Briand angesichts der Stimmung des Landes trotz der Verpflichtung gegen das Parlament im Falle der englischen Konvention, die Vertiefung der Milihen, das Abschließen von Abkommen und den militärischen Schutz betreffend, einziehen könne. Jedenfalls sei die Ansicht des französischen Premier, in Cannes mit den Engländern herumszuhandeln. Bekanntlich ist dabei, daß der englische Plan für das Jahr 1922 keinen formellen Bericht der französischen Ansprüche, sondern nur eine Abänderung der Erfüllungsart enthält.

Neutrale Hoffnungen auf Cannes.

Genf, 6. Jan. Am Vorabend der Konferenz von Cannes schreibt die „New Zürcher Zeitung“: Die politische und wirtschaftliche Wirrnis in die uns der Weltkrieg geführt hat, ist viel zu groß und tiefgehend, als daß eine sofortige Lösung durch einige Diplomaten möglich wäre. Unsere Hoffnungen sind bescheiden geworden. In viele der bisherigen Konferenzen haben wir versagt. Es bedeutet heute schon einen erfreulichen Fortschritt, wenn wir bei Staatsmännern, besser noch bei Völkern, Anläufe guten Willens feststellen

können, die Kriegszeit zu verlassen und die Liquidation der mehrjährigen Zahlungsperiode eintra et studio vorzunehmen, und darin sind wir endlich einen Schritt vorwärts gekommen. In dieser Richtung weitere Schritte vorwärts und keine rückwärts tun, wird die Aufgabe der Konferenz von Cannes sein. Sie muß auch in ihrer moralischen Wirkung den Schlüsselpunkt auch hinter eine Politik der tatsächlichen Unvertraut und der heimlichen Mäntel zwischen Siegern und Besiegten.

Der erste Schritt zur englisch-französischen Allianz.

Genf, 6. Jan. Der „Daily Telegraph“ schreibt: Es ist eine gute Vorbedingung, daß sich Frankreich jetzt, wenn auch noch einer Verzögerung hinsichtlich der Verwendung der Unterabgabe auf den englischen Standpunkt stellt. Die „Times“ schreibt: Frankreich hat sich der erste Schritt zur neuen englisch-französischen Allianz.

Annahme der Unterseeboot-Resolutionen.

Genf, 6. Jan. Dumas“ meldet aus Washington: Die Notenkommision hat endgültig die beiden ersten Resolutionen des Krieges angenommen, die die anschließenden Vorkämpfer des Seefrieges auf die Unterseeboote ausdehnen und jeden Angriff dieser auf Handelsschiffe verbieten. Die zweite Resolution wurde mit einem Vorbehalt angenommen, der dieses Verbot wegen der Unterseeboote sofort zwischen den fünf Staatmächten des Abklärungsvertrages in Kraft setzt.

Auskehr in Washington.

Genf, 6. Jan. Die „Times“ meldet aus Washington: Die europäischen und japanischen Delegierten haben die Schiffplätze zur Heimreise für den 16. bzw. 17. Januar bestellt. Die Press-Association stellt fest, daß mit der Erklärung Frankreichs in Washington in der Unterseebootsfrage, die Entschliessung Ruots und den Aufbruch nach London anzunehmen, in allen Verhandlungsmomenten Amerikas Vorschläge angenommen sind.

Kein Eingriff in den Goldbestand der Reichsbank.

Genf, 6. Jan. Von ausländischer Seite wird erklärt, daß zwischen der Reichsregierung und der Reichsbank keinerlei Verhandlungen über eine Herausgabe des Goldbestandes der Reichsbank für Zwecke der Reparationen stattgefunden haben. Eine solche Herausgabe des Goldbestandes kommt auch nicht in Frage.

Die Frage des Moratoriums.

Paris, 6. Jan. „Echo de Paris“ hat behauptet, Briand habe sich gegen jedes Moratorium ausgesprochen und erklärt, wenn Belgien sich zu Frankreich gebe, werde das Moratorium verhandelt werden. Dumas ist demgegenüber erwidert, daß Briand lediglich erklärt habe, daß weder England noch Frankreich irgendeine endgültige Entscheidung in Abwesenheit Belgiens treffen wollten und daß dieses keine Interessen vollständig frei in Cannes vertreten könne.

Bergarbeiterstreikbewegung im Ruhrgebiet.

Genf, 6. Jan. Die Bergarbeiterbewegung im Ruhrgebiet beginnt sich auszudehnen. Gestern fanden wieder über 20 Bergammlungen im Ruhrrevier statt. In allen Versammlungen wurde mit ungewöhnlicher Heftigkeit der allgemeine Streik gefordert, falls die Forderungen bis zum 15. Januar nicht richtig angenommen sind. Die Bewegung trägt starken kommunistischen Einschlag.

Aündigung des Lohnstreiks der Braunkohlen-Bergarbeiter.

Genf, 6. Jan. Der für mehr als 15000 Braunkohlenbergarbeiter Mitteldeutschlands gültige Lohnstreik, der am 31. Dezember v. J. gekündigt worden war, konnte in den bisherigen Verhandlungen noch nicht erneuert werden. Es bestehen zurzeit noch weitläufige grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien. (22. T. B.)

Dr. Pfeiffer über die Anschlußfrage.

Genf, 6. Jan. Der neue deutsche Gesandte in Genf Dr. Pfeiffer trat in einer Unterredung mit dem Wiener Vertreter der „N. N. Pr.“ u. a.: Ich betrachte den Anschluß von Österreich-Ungarn zu Deutschland selbstverständlich im Rahmen der für deren Ansehen gebührenden Bedingungen als die hauptsächlichste Vorbedingung für den Wiederaufbau Mitteleuropas, wobei ich allerdings der Meinung bin, daß das zeitliche Ausmaß der Durchführung des Anschlusses ganz von Österreich bestimmt werden muß. Die Auffassung darüber, die sich in der Richtung bewegt, daß die Welt die innere Notwendigkeit des Anschlusses erkennt, sehe ich als einen Hauptteil der Aufgabe an, die mich in Wien erwartet.

Was uns nützt.

Von Oberst a. D. W. Richter.

Im Jahre 1921 hat sich die Kunst der deutschen Reichsregierung in der Erfüllungspolitik erschöpft. Der Erfolg war durchaus negativ, es sei denn, daß man das am Schlusse des Jahres ausgesprochene „wir können nicht“ als Erfolg buchen wolle. Versuche, diese unsere Bankrotterklärung in einen Erfolg umzuwandeln, werden tatsächlich gemacht. Es wird gesagt, daß die Regierungspolitik mit der Annahme des Londoner Ultimatums nur auf den Nachweis unserer guten Willens gerichtet gewesen sei. Den Nachweis hätten wir geführt. Nun würden die Feinde von der Undurchführbarkeit der wahnhaften Ultimatumsforderungen ablassen und dem guten Michel Generalpardon gewähren. — Wie die Voraussetzungen zu dieser Ehrenrettung der Regierungspolitik falsch sind, so sind die Schlussfolgerungen daraus irrig. Wenn man den Worten des Reichskanzlers Wirth bei Annahme des Ultimatums nicht Gewalt antun will, so hat er tatsächlich den Glauben an die Erfüllbarkeit der Londoner Dispositionsbestimmungen gehabt und nicht nur den guten Willen zur Erfüllung zeigen wollen. Ebenso habe er geglaubt, daß die Feinde nicht den oberflächlichen Raub befehlen würden. In jeder Beziehung hat er sich getäuscht, und ebenso wird er sich in seiner Hoffnung täuschen, daß die Feinde Deutschlands guten Willen für die Tat nehmen. Wohl ist es möglich, daß die Feinde von den Barzahlungen zunächst etwas nachlassen, daß sie ein Moratorium oder einen Kredit gewähren. Aber an eine großzügige, wirklich helfende wirtschaftliche und politische Erleichterung unserer Lage, an eine Lockerung der Sklavengesetze, die uns binden, denken sie ernsthaft nicht. Was sie aus uns in der nicht herausdrücken können, werden sie doch an anderen Werten und Leistungen holen. Das Einnehmendste unserer Zahlungsunfähigkeit werden sie zu schmerzvollenden, tiefen Eingriffen in unsere wirtschaftliche und soziale Selbständigkeit benutzen, die sich unter dem Namen einer „Finanzkontrolle“, oder wie sie es sonst nennen werden, auswirken wird. Deutschlands Entwürdigung wird weiter fortgeschritten, bis jedes eigene Staatsleben anhört und Frankreichs heftiger Wunsch des Zerfalls Deutschlands erfüllt ist.

Es wäre würdiger und für Deutschland nützlicher, wenn die Staatsregierung ihren Mißerfolg offen zugab und ihn nicht zu verdecken versuchte. Das deutsche Volk würde sich dann schneller zur Erkenntnis seiner wahren Lage und seiner einzigen Rettungsmöglichkeiten durchringen. Kein Eingrifflicher wird der Regierung einen moralischen Vorwurf daraus machen, daß sie jeden einträglichen Erfolg verwerfenden Versuch unternimmt, Deutschland ohne Matuscheln aus seinem Elend zu erlösen. Von diesem Gesichtspunkte aus kann Herr Dr. Wirth die Annahme des Londoner Ultimatums wie seine Erfüllungspolitik rechtfertigen. Aber beides war erfolglos, und der Politiker muß die Folgen seines Irrtums sehen. Sankt er anders, so fehlt ihm in weiten Kreisen des Volkes das Vertrauen, oder es gelingt ihm, das Volk zu täuschen und es auf verbotlichen Wegen weiterzuführen. In unserer letzten Lage würde das bedeuten, daß die letzte Rettung dem deutschen Volke auch die drohende Entwürdigung schmachtlich machen und es an die Sklavengesetze gewöhnen würde. Das wäre die endgültige Verleugung unserer nationalen und politischen Unterwerfung. Deshalb ist die Forderung, die gewalttätiger als je an uns herantritt: Abkehr von den unseligen bisherigen Wegen unserer Politik und Suchen von neuen. In die letzten Tagen haben wir an jenem Unheilstage ein, an dem sich eine Reichstagsmehrheit zur Unterzeichnung unter das Schmachtdiktat von Versailles bereit fand. Damals beging unser Volk die schwerere Sünde des Verrats an sich selbst, indem es in der Absicht, augenblicklicher Not zu entgehen, das lächerliche Eingeständnis seiner nie gehebenen Schuld am Krieg und seiner Verlängerung, sowie der nie verübten Kriegsverbrechen ablegte. Diese Sünde rächt sich bitter. Von Versailles führte der Weg hell bergab über Spa, Paris, London, Genf und wird zunächst in Cannes enden. Wenn wir nicht verlinken wollen, müssen wir aus dieser Sünde heraus. Das ist nur denkbar, wenn wir uns als Volk endlich wieder auf unsere höchsten Pflichten gegenüber dem Vaterlande besinnen und uns nicht mit einer Fälschung abfinden, die ihre eigene Aufgabe darin sieht, uns durch ein wertvolles Zugeständnis nach dem andern über zeitliche Nöte oder Zwangsmächte der Feinde hinwegzuführen. Wir müssen uns vaterländisch zumutend und in dieser moralischen Einheitsfront dem feindlichen Verdrängungs-willen unserer Anwehmlen entgegenstellen. Wir müssen den Feinden den Beweis erbringen, und die Regierung muß den Mut finden, es ihnen zu sagen, daß der sogenannte Vertrag von Versailles ein Pua- und Erwerb, eine Ausbeute gemeiner Bosheit und Niedertracht, ein Schandwerk menschlicher Verworfenheit ist; daß die uns, einem völlig erlöschten, ausländischen Volke abgepreßte Unterwerfung nicht möglich ist und niemals die Folgen haben darf, die die Feinde daraus ziehen; daß sie uns als Völker die den Krieg seit Jahren vorbereitet, seinen Ausbruch verschuldet und in der Absicht, uns zu vernichten und aus der Reihe der Kulturstaaten und -völker auszuwerfen, in unerhörter Grausamkeit geführt und verhängt haben; daß sie unsere Autonomie in den Schmutz gezogen, unsere Gefangenen mshandelt, unsere Frauen und Kinder in den Hungertod getrieben haben.

Unser armes, elendes, gequältes Volk muß endlich erfahren, daß die Ursachen aller seiner Nöte und seines Un-glücks in dem Vertrage von Versailles zu finden sind, und die ganze Welt muß es erfahren, daß die Feinde, vor allen andern die Franzosen, uns und die ganze Welt belogen und betrogen haben. Nur dadurch erschüttern wir die Grundla-